

# AStA fordert mehr Respekt

BNN – Der Allgemeine Studierenden-ausschuss (AStA) am KIT übt Kritik an der geplanten Reform des Landeshochschulgesetzes. „Wir fordern die Beibehaltung eines allgemeinen Mandates, um unsere studentischen Interessen weiterhin vor Gesellschaft und Politik vorzustellen und für diese weiterhin auch öffentlich streiten zu dürfen“, heißt es. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst wie auch die gesamte Landesregierung fordere man weiter auf, „uns und die Studierendenschaften im Land frühzeitig in Gesetzesänderungen und weitere Maßnahmen, die uns betreffen, miteinzubeziehen“. Man sei es Leid, die Pläne des Ministeriums – wie schon bei den Studiengebühren geschehen, die der

---

## Kritik an Reformplänen

---

AStA immer noch strikt ablehne, aus der Presse zu erfahren. „Zeigen Sie ein wenig Respekt und Gesicht und reden Sie mit uns“, heißt es.

Die CDU habe in Medienberichten einen Zusammenhang mit Krawallen und Randalierern auf Demonstrationen und dem politischen Mandat hergestellt, das deshalb eingeschränkt werden müsse. Die Christdemokraten sollten „ihre obstrusen Anschuldigungen zurückziehen“, so der AStA: „Zwischen der Unterstützung von studierendenpolitischen Anliegen, auch durch Demonstrationen, und der Unterstützung und Duldung von Straftaten besteht ein klarer Unterschied. Wir werden uns hier nichts unterstellen lassen.“ Die Studierendenschaft des KIT stehe in der Ablehnung der Einschränkung des Mandats nicht alleine da. Die StuRa in Freiburg und Heidelberg hätten sich bereits positioniert.

Die Reformpläne sind notwendig geworden, da das Verfassungsgericht feststellte, dass die Professoren zu wenig Stimmgewicht in den Senaten der Hochschulen haben.